

## Bekanntmachung

Betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden. Vom 14. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für gewerbliche Betriebe, in denen Schuhwaren mit Leder- oder Unterböden irgendwelcher Art hergestellt werden, gelten — sofern die Zahl der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter (Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter und dergleichen) mindestens vier beträgt — die nachstehenden Bestimmungen:

- a) Die Arbeitszeit in den Werkstätten oder Fabriken darf für den einzelnen Arbeiter und den Betrieb in der Woche 40 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten.
- b) Den Hausarbeitern darf wöchentlich höchstens sieben Behtel derjenigen Arbeitsmenge zugeteilt werden, welche durchschnittlich wöchentlich in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Mai 1916 zugeteilt worden ist; jedenfalls darf ihnen aber nur so viel Arbeit zugeteilt werden, daß sie — nach den am 1. Juni geltenden Lohnsätzen berechnet — sieben Behtel des von ihnen in den angegebenen acht Monaten erzielten Durchschnittsverdienstes erreichen können. Wenn es nicht möglich ist, die Menge der von den Hausarbeitern in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Mai 1916 gefertigten Arbeit oder des von ihnen erzielten Arbeitsverdienstes festzustellen, so darf ihnen nicht mehr Arbeit gegeben werden, als nötig ist, damit ihr Verdienst den Ortslohn (ortsüblichen Tageslohn) erreichen kann.

Eine Überschreitung dieser Arbeitsverdienste ist nur insoweit zulässig, als sie nicht durch Zuteilung einer größeren Arbeitsmenge, sondern durch Erhöhung der Lohnsätze oder durch andere Zuwendungen seitens des Arbeitsgebers herbeigeführt wird.

- c) Personen, die in den Werkstätten oder Fabriken beschäftigt werden, darf Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebs nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.
- d) Wird die Arbeit gegen Stücklohn oder Stundenlohn ausgesetzt, so dürfen die Lohnsätze nicht geringer als die am 1. Juni 1916 gezahlten sein. Wird die Arbeit gegen einen nicht in Stundenlohn bestehenden Zeitlohn (Wochenlohn, Tageslohn) ausgesetzt, so dürfen die Löhne nur im Verhältnis zu der tatsächlich eintretenden Verkürzung der Arbeitszeit und keinesfalls um mehr als drei Behtel gegenüber dem Stande am 1. Juni 1916 gekürzt werden.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden Anwendung auf alle mit der Anfertigung, Bearbeitung und Ausbesserung der Schuhwaren, sowie mit dem Einrichten, dem Ausgeben und Abnehmen der Arbeit beschäftigten Personen.

Sie finden dagegen keine Anwendung:

1. auf die handelsgewerbliche Tätigkeit,
2. auf die Verwaltung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebs abhängig ist,
3. auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind,
4. auf die Beaufsichtigung des Betriebs,
5. auf die Zu- und Abfuhr von Gütern und Brennstoffen und auf das Ent- und Beladen von Eisenbahnwagen.

§ 3. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen dazu ermächtigten Behörden können für ihren Bezirk oder für Teile desselben bestimmen, wie die zugelassene Arbeitszeit auf die einzelnen Werkzeuge zu verteilen ist. Sie können ferner auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften im § 1 im öffentlichen Interesse zulassen.

§ 4. Die Arbeitgeber der im § 1 bezeichneten Betriebe sind verpflichtet, dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder den sonst von den Landeszentralbehörden dafür bestimmten Stellen Einsicht in die Lohnlisten und sonstigen Bücher soweit zu gestatten, als nötig ist, um die Durchführungen der Bestimmungen im § 1 zu überwachen.

§ 5. In den Betriebsräumen der im § 1 bezeichneten Betriebe ist an der Innenseite jeder Ausgangstür ein Anschlag anzubringen, der in deutlich lesbarer Schrift den Wortlaut dieser Verordnung wiedergibt.

§ 6. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten werden Gewerbetreibende bestraft, die den Vorschriften dieser Verordnung oder den auf Grund des § 3 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandeln.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Sie findet keine Anwendung auf Schuhwarenbetriebe, welche unter die Bekanntmachung des Generalkommandos über die Regelung der Arbeit in den Web-, Woll- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebezirken fallen.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens der Verordnung.

Berlin, den 14. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 14. Juni 1916, die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, betr. (Reichs-Gesetzbl. S. 519), werden die Kreisämter ermächtigt, für ihren Bezirk oder für Teile desselben zu bestimmen, wie die nach der Verordnung zugelassene Arbeitszeit auf die einzelnen Werkzeuge zu verteilen ist. Die Kreisämter können ferner auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften im § 1 der genannten Verordnung im öffentlichen Interesse zulassen.

Lamstadt, den 17. Juni 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Sombertgl.

## Bekanntmachung

zur Ausführung der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchsäcker vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 261). Vom 24. Juni 1916.

Auf Grund des § 10 Abs. 1 der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchsäcker vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) wird folgendes bestimmt:

§ 1. In gewerblichen Betrieben, sowie in landwirtschaftlichen Betrieben, in denen Nahrungs-, Genuss- und kosmetische Mittel zum Zwecke der Weiterveräußerung bereitet werden, darf Zucker bis auf weiteres nicht mehr verwendet werden zur Herstellung von

1. Dampfbrot oder Kompott (eingemachte ganze Früchte oder größere Fruchtstücke),
2. geäuerten (landierten) Früchten,
3. Schaumwein und schaumweineähnlichen Getränken, deren Kohlen säuregehalt ganz oder teilweise auf einem Zusatz fertiger Kohlen säure beruht,
4. Vermutwein und vermutweineähnlichen, mit Hilfe von weinähnlichen Getränken hergestellten Genussmitteln, Likören und süßen Trinksäften aller Art, Bowlen (Maitank), Majwein und dergleichen), Punsch- und Grogetrakten aller Art, sowie zur Bereitung von Grundstoffen für solche und ähnliche Getränke,
5. Effig,
6. Mostsch und Senf,
7. Fischmarinaden,
8. Kantabak,
9. Mitteln zur Reinigung, Pflege oder Färbung der Haut, des Haars, der Nägel oder Mundhöhle.

§ 2. In den im § 1 bezeichneten Betrieben darf Zucker verwendet werden zur Herstellung von

1. Marmeladen nur insoweit, daß in der fertigen Marmelade nicht mehr zugesetzter Zucker als 50 vom Hundert der fertigen Obstdauerware enthalten ist,
2. Schaumwein und schaumweineähnlichen Getränken, deren Kohlen säuregehalt nicht ganz oder teilweise auf einem Zusatz fertiger Kohlen säure beruht, nur soweit der Zusatz zur Gärung erforderlich ist,
3. Obst- und Beerenweinen nur soweit, daß im fertigen Obst- und Beerenwein bei vollständiger Vergärung nicht mehr als 8 Gramm Alkohol in 100 Kubikzentimeter enthalten ist.

§ 3. Die Reichszuckerstelle kann beim Vorliegen eines besonderen Bedarfs Ausnahmen gestatten.

§ 4. Wer bisher Zucker zu einem der im § 1 und 2 bezeichneten Zwecke verarbeitet hat, hat dem Kommunalverband bis zum 1. Juli Anzeige darüber zu erstatten, welche Mengen von Zucker er besitzt und zu welchem Zwecke sie verarbeitet werden sollen. Der Kommunalverband hat der Reichszuckerstelle die angegebenen Mengen bis zum 10. Juli mitzuteilen.

§ 5. Soweit nach den vorstehenden Bestimmungen Zucker bezogen und verwendet werden darf, erteilt die Reichszuckerstelle die Bezugsscheine nach Maßgabe der verfügbaren Bestände an Zucker und der Dringlichkeit des Bedarfs. Die Reichszuckerstelle wird ermächtigt, dabei Bedingungen für die Verteilung und die Abgabe der Ware aufzustellen.

§ 6. Für die Verteilung von Süßigkeiten und Schokoladen erteilt die Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe in Würzburg die Bezugsscheine nach Maßgabe der Gesamtmenge von Zucker, die die Reichszuckerstelle hierfür für bestimmte Zeitabschnitte festsetzt. Hierbei soll kein gewerblicher Betrieb, soweit dies nicht bereits geschehen ist, zu Süßigkeiten und Schokoladen mehr



als den vierten Teil der Zuckermenge erhalten, die er in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 hierzu verarbeitet hat. Wer im Jahre 1916 mehr Zucker erhalten als ihm hiernach zusteht, hat insoweit keinen Anspruch mehr auf Zuteilung von Zucker.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft

1. wer den Bestimmungen der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt,
2. wer den von der Reichszuckerstelle nach § 5 gegebenen Bestimmungen zuwiderhandelt,
3. wer vorsätzlich die nach § 4 Satz 1 erforderliche Anzeige innerhalb der gesetzten Frist nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Neben der Strafe kann Zucker, der nicht oder nicht richtig abgegeben worden ist, eingezogen werden.

Berlin, den 24. Juni 1916.

Der Reichszucker.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

### Gesetz

betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalz.

Vom 21. Juni 1916.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Das Gesetz über den Absatz von Kalisalz vom 25. Mai 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 775) in der Fassung des Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalz vom 7. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 559), wird wie folgt geändert:

I. Im § 13:

- a) im Abs. 1 werden die Jahreszahlen „1907 bis 1909“ ersetzt durch die Jahreszahlen „1912 und 1913“;
- b) im Abs. 2 wird die Jahreszahl „1909“ ersetzt durch die Jahreszahl „1913“;
- c) im Abs. 4 wird die Jahreszahl „1909“ ersetzt durch „1913“, die Jahreszahlen „1907 bis 1909“ werden ersetzt durch die Jahreszahlen „1912 und 1913“.

II. Im § 14 werden die Jahreszahlen „1907 bis 1909“ ersetzt durch „1912 und 1913“.

III. Der § 16 erhält folgende Fassung:

§ 16.

Die Bestimmungen der §§ 13 und 14 finden auch Anwendung, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge mit den Arbeitern oder deren Organisationen geregelt sind; die Verträge dürfen keine Bestimmungen enthalten, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter verhindern oder verbieten.

IV. Im § 17 Abs. 1 wird hinter den Worten „am 1. Januar 1912“ eingefügt: „mit Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1918“.

V. Im § 19 Abs. 2 wird vor dem letzten Satz eingeschaltet:

Nehmen Arbeiter oder Beamte infolge derartiger Übertragungen auf einer anderen Arbeitsstelle Arbeit, die mehr als 6 Kilometer von ihrem bisherigen Wohnort entfernt ist, so sind ihnen im Falle eines hierdurch verursachten Wohnungswechsels von dem übertragenden Kaliverwerksbefiger Umlagekosten zu gewähren, sofern dies nicht von anderer Seite bereits geschieht.

VI. Hinter § 20 wird folgender § 20 a eingeschaltet:

§ 20 a.

Für die Zeit vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bis zum 30. Juni 1917 dürfen die Preise für das Inland:

für Carnallit mit mindestens 9 Prozent und weniger als 12 Prozent $K_2O$	in gemahlenem Zustand	{ 11,0 13,0	Bfg. "
für Rohsalz mit 12 bis 15 Prozent $K_2O$			
für Düngesalze mit 20 bis 22 Prozent $K_2O$	0	18,0	Pfennig
für Düngesalze mit 30 bis 32 Prozent $K_2O$	0	18,0	Pfennig
für Düngesalze mit 40 bis 42 Prozent $K_2O$	0	20,0	Pfennig
für Chloralkalium mit 50 bis 60 Prozent $K_2O$	0	32,0	Pfennig
für Chloralkalium mit über 60 Prozent $K_2O$	0	35,0	Pfennig
für schwefelsaure Kali mit über 42 Prozent $K_2O$	0	38,0	Pfennig
für schwefelsaures Kaliummagnesia		35,0	Pfennig
für 1 Prozent Kali ( $K_2O$ ) im Doppelcentner nicht über- steigen.			

für 1 Prozent Kali ( $K_2O$ ) im Doppelzentner nicht übersteigen.

Für die gleiche Zeit tritt eine Kürzung der Beteiligungsziffer (Abs. 1 bis 3 des § 13) ein, sofern der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt gezahlte Lohn hinter dem Durchschnittslöhne der Kalenderjahre 1912 und 1913 zuzüglich 80 Pfennig für die Schicht zurückbleibt. Diese Bestimmung findet auf § 13 Abs. 4 und die §§ 14 und 15 entsprechende Anwendung.

VII. Im § 27 Abs. 3 treten in der ersten und in der vierten Zeile an Stelle der Worte „das Rechnungsjahr 1915“ die Worte „die Rechnungsjahre 1915 und 1916“.

VIII. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Urkundlich unter Unserer Höchstehenden Unterschrift und beigeschrieben Kaiserlichen Inseel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 21. Juni 1916.

(Siegel)

Wilhelm.

Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung

über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische.

Vom 24. Juni 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) wird über die Regelung der Preise für Süßwasserfische folgendes bestimmt:

I. Beim Verkaufe von Süßwasserfischen im Großhandel dürfen für fünfzig Kilogramm Reingewicht einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden:

bei Karpfen	105 Mk.
„ Schleien	125 „
„ Hechten	120 „
„ Bleien oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber	80 „
unter 1 Kilogramm	60 „
„ Flögen und Rotaugen von 1 Kilogramm und darüber	60 „
unter 1 Kilogramm	50 „

II. Insoweit für Süßwasserfische gemäß § 4 der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) Höchstpreise für die Abgabe im Kleinverkauf an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie für 0,5 Kilogramm folgende Sätze nicht überschreiten:

bei Karpfen	1,30 Mk.
„ Schleien	1,50 „
„ Hechten	1,50 „
„ Bleien oder Brachsen von 1 Kilogramm und darüber	1,00 „
unter 1 Kilogramm	0,75 „
„ Flögen und Rotaugen von 1 Kilogramm und darüber	0,75 „
unter 1 Kilogramm	0,65 „

Bei abweichender Anordnung der Grundpreise gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) tritt eine entsprechende Änderung dieser Sätze ein.

III. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Bekanntmachung über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische vom 5. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 804) tritt mit dem gleichen Tage außer Kraft.

Berlin, den 24. Juni 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.

v. Batocki.

### Bekanntmachung.

Nach § 1 der Bundesratsverordnung über die Speisefortsetzung im Frühjahr und Sommer 1916 vom 7. Februar 1916 sind die Kommunalverbände verpflichtet, die für die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte erforderlichen Mengen an Speisefortsetzung zu beschaffen. Die neue Ernte wird rechnerisch am 15. August d. J. eintreffen. Mithin unterliegen auch alle von jetzt bis zu diesem Tage geernteten Vorräte an Kartoffeln, die Frühkartoffeln, der Versorgungsregelung durch die Kommunalverbände und dürfen ohne deren Zustimmung aus dem Gebiet des Kommunalverbandes nicht ausgeführt werden. Auch ist ein freier Handel mit Frühkartoffeln wie bei den alten Kartoffeln nur innerhalb des Kommunalverbandes unter Beobachtung der von diesem erlassenen Vorschriften gestattet.

Der § 4 unserer Bekanntmachung vom 24. Februar 1916 (Beilage Nr. 48 der „Darmstädter Zeitung“ vom 26. Februar 1916), wonach der Versand oder die sonstige Verbringung von Kartoffeln nach außerbezüglichen Orten der Genehmigung der Landeskartoffelstelle bedarf, bleibt aufrecht erhalten.

Darmstadt, den 28. Juni 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Eberstadt.

In der Zeit vom 12. bis einschließlich 19. Juli l. J. liegt auf Gr. Bürgermeisterei Eberstadt das Verzeichnis über die Wiesenentschädigungen für das Erntejahr 1915 nebst Abschrift des Beschlusses vom 22. März 1916 zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegungsfrist bei Gr. Bürgermeisterei Eberstadt schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 22. Juni 1916.

Der Großh. Feldbereinigungskommissär:

Schmittspahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Vich.

In der Zeit vom 15. bis einschließlich 28. Juli l. J. liegt auf Großh. Bürgermeisterei Vich zur Einsicht der Beteiligten offen:

1. Beschluß der Vollzugskommission vom 24. Juni l. J. über Erhebung von Zinsen für die Drainagekosten,
2. Ergänzungsbeschluß vom gleichen Tage zu den Nachentschädigungen für das Kreisstraßen- und Bahngelände.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeisterei Vich schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 25. Juni 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schmittspahn, Regierungsrat.